



Was diese Woche wichtig war

Globale Pandemie, die Krise auf Lesbos – und die Revolution ist abgesagt

Woche 11/2020 – das Kurzbriefing aus der Republik-Redaktion.

Von [Ronja Beck](#) und [Oliver Fuchs](#), 13.03.2020

Coronavirus, die erste: Das ist auf der Welt passiert

Darum geht es: Mindestens 133'000 Menschen haben sich weltweit mit dem neuen Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert. Italien ist mit mehr als 12'000-Krankheitsfällen nach China das inzwischen am stärksten betroffene Land. Die italienische Regierung hat deshalb das gesamte Land am 10. März zur Sperrzone erklärt. Am Folgetag hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch als Pandemie charakterisiert. Und Präsident Trump hat sich an die Nation gewandt, um in einer wirren, fremdenfeindlichen Rede die weitgehende Abschottung von Europa anzukünden.



Ausnahmestand: Der menschenleere Platz vor dem Dom in Mailand. Fabrizio Di Nucci/Nur-Photo/Getty Images

Warum das wichtig ist: Italien gerät im Kampf gegen das Virus an seine Grenzen. Vor allem in Norditalien seien die Kliniken laut dem Personal am Rande ihrer Kapazitäten. Indem sie das Land unter Quarantäne setzt, versucht die Regierung unter Ministerpräsident Giuseppe Conte, den exponentiellen Anstieg an Erkrankten zu bremsen. Neu darf die Bevölkerung nur noch aus beruflichen, gesundheitlichen oder sehr dringenden Gründen ihren Wohnort verlassen. Am Donnerstag wurde zudem beschlossen, alle Geschäfte ausser Lebensmittelläden und Apotheken zu schliessen. Am selben Tag erklärte die WHO den Ausbruch von Sars-CoV-2 zur Pandemie. «Dies ändert nichts an der Einschätzung der WHO hinsichtlich der Gefahren, die durch das Virus drohen», sagte der Generaldirektor an der Medienkonferenz. Epidemiologen sprechen schon seit Wochen von einer Pandemie. Während die Fallzahlen an Erkrankten weltweit steigen, gehen sie im Ursprungsland China sowie im stark betroffenen Südkorea zurück. Die Quarantäne in Wuhan, wo das Virus Ende 2019 zum ersten Mal identifiziert wurde, wurde diese Woche gelockert. Am Mittwoch traute sich gar der chinesische Präsident Xi Jinping als Vertrauensbeweis nach Wuhan. Derweil steht die US-Regierung für ihr Krisenmanagement stark in der Kritik. Die Testkapazitäten sind in weiten Teilen des Landes nicht ausreichend. Am Mittwochabend kündigte Präsident Trump an, ab Freitag Mitternacht dürften – mit Ausnahme von Briten – keine Europäer mehr einreisen.

Was als Nächstes geschieht: Mehrere Länder versuchen mit zum Teil drakonischen Massnahmen, die Ausbreitung von Sars-CoV-2 zu verhindern. Indien hat am Mittwoch entschieden, bis zum 15. April alle Visa auszusetzen; Israel setzt alle Einreisenden in eine 14-tägige Quarantäne; Guatemala hat Menschen aus Europa sowie China, Iran, Nord- und Südkorea ab Donnerstag die Einreise verboten; Griechenland und die Ukraine haben alle Schulen geschlossen. In ihrer ersten längeren Ansprache zur Lage am Mittwoch sagte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass sich bis zu 70 Prozent aller Menschen in Deutschland infizieren könnten. Die Hoffnung der Forscher weltweit besteht zurzeit darin, durch die getroffenen Massnahmen die Wachstumskurve möglichst abzuflachen, um eine Überlastung der Gesundheitssysteme zu verhindern.

Coronavirus, die zweite: Das ist mit der Wirtschaft passiert

Darum geht es: Das Coronavirus schickt die Börsenkurse weltweit in den Sinkflug: Die US-amerikanischen Leitindizes Dow Jones und S&P 500 stürzten am Donnerstag so heftig ab wie seit dem grossen Börsencrash 1987 nicht mehr. Die Bank of England hat in einer Notfallmassnahme ihren Leitzins auf ein historisches Tief hinabgesetzt. Derweil hat Saudiarabien beschlossen, die Ölproduktion hochzufahren. Der Ölpreis sank daraufhin am Montag stark.

Warum das wichtig ist: Die Lage erinnert derzeit an den Ausbruch der Finanzkrise 2008. Die Kurse an der Wallstreet fielen am Montag und am Mittwoch so heftig, dass die New Yorker Börse den Handel jeweils für 15 Minuten aussetzte – eine automatisch ausgelöste Bremse, die nach dem Börsencrash 1987 installiert und nach dem sogenannten Flash Crash 2010 angepasst wurde, um eine zerstörerische Kettenreaktion zu verhindern. Die amerikanische Zentralbank Fed hatte deshalb bereits vergangene Woche den Leitzins um einen halben Prozentpunkt gesenkt. Das brachte nur kurzweilige Beruhigung. Dennoch zog die Bank of England am Mittwoch nach, in der Hoffnung, den Geldfluss zu garantieren und die Märkte zu beruhigen. Die Kurseinbrüche vergangene Woche wurden zusätzlich befeuert durch die Saudis. Der Deal zwischen der von Saudiarabien angeführten Organisation Öl exportierender Länder (Opec) und Russland, der die Ölpreise oben hielt, war vergangenes Wochenende geplatzt. Das Coronavirus liess auch die Nachfrage nach dem Öl zurückgehen. Weil sie sich nicht auf neue Massnahmen einigen konnten, kündigte Saudiarabien eine verstärkte Produktion an. Der Ölpreis stürzte folglich in der Nacht auf Montag um 30 Prozent und rüttelte die globalen Märkte durch. Am Donnerstag begann auch der Schweizer Börsenindex SMI einzubrechen.

Was als Nächstes geschieht: Für Unternehmen in der Reisebranche wird es besonders hart, speziell für Flugunternehmen und Airlines. Zigtausende Jobs sind in Gefahr. Dass der Ölpreis, der normalerweise als Stabilisator gilt, ebenfalls gefallen ist, lässt Finanzanalytistinnen eine Rezession fürchten. Für die Europäische Zentralbank wird es schwierig: Bei ihrem wichtigsten Instrument, dem Leitzins, hat sie bei den jetzigen 0,0 Prozent keinen Spielraum mehr.

Situation an der türkisch-griechischen Grenze eskaliert

Darum geht es: In der Ägäis spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab. Seit der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan die Grenze nach Griechenland geöffnet hat, versuchen täglich Menschen per Boot die griechische Insel Lesbos zu erreichen. Die griechische Küstenwache hindert sie daran – und rechtsextreme Gruppen machen gemäss Augenzeugen offen Jagd auf Schutzsuchende. Ein Krisentreffen zwischen EU-Spitzen und Präsident Erdoğan endete am Montag ergebnislos.

Warum das wichtig ist: Griechenland reagierte Anfang März umgehend auf die türkische Grenzöffnung. Das Land sistierte das Asylrecht, schickte Soldaten an die Grenze und lässt offenbar radikale Bürgermilizen teilweise gewähren. Helfer werden bedroht und Hilfswerke angezündet, mutmasslich auch von Rechtsextremen, die aus anderen europäischen Ländern angereist sind. Bereits vor Aufflammen der Krise waren die Zustände auf der Insel Lesbos katastrophal. Im Flüchtlingslager von Moria leben Tausende

Menschen zusammengepfercht. Diese Woche vermeldeten die Behörden die erste Infektion mit Sars-CoV-2 auf der Insel, eine lokale Anwohnerin. Sie liegt einige Kilometer von Moria entfernt im Spital in Quarantäne.

Was als Nächstes geschieht: Kommende Woche wollen Kanzlerin Merkel und Präsident Macron nach Ankara reisen, um erneut mit Präsident Erdoğan zu verhandeln. Sollte das Virus sich auch in Moria verbreiten, wären ihm die Menschen dort fast komplett schutz- und hilflos ausgeliefert.

Afghanistan: Zwei Präsidenten und ein Friedensplan

Darum geht es: Am Montag wurde Afghanistans Präsident Ashraf Ghani für eine weitere Amtszeit vereidigt. Sein Rivale Abdullah Abdullah erkennt das Ergebnis nicht an – und liess sich selbentags ebenfalls vereidigen. Trotzdem leiteten die USA diese Woche den schrittweisen Abzug aus dem Land ein.



Bleibt er Präsident von Afghanistan? Ashraf Ghani an seiner Vereidigungszeremonie – die aber nicht die einzige an diesem Tag in Kabul war. Jawad Jalali/EPA/Keystone

Warum das wichtig ist: Mit der doppelten Vereidigung ist die bittere Fehde zwischen Ghani und Abdullah eskaliert. Monatelang hatten sich die beiden über die Auszählung der Stimmen von den Wahlen vom letzten Herbst gestritten. Im Februar dieses Jahres hatte die Wahlkommission Ghani äusserst knapp zum Sieger erklärt, aber sein Konkurrent hat den Entscheid nicht akzeptiert. Die neuen Spannungen in der Hauptstadt Kabul kommen zur Unzeit. Einerseits wollen die USA ihre Truppen innert weniger Monate um rund ein Drittel reduzieren. Andererseits sollen bald direkte Gespräche mit den Taliban stattfinden. Beides sieht das Friedensabkommen vor, das vor zwei Wochen in Doha unterzeichnet worden ist.

Wie es jetzt weitergeht: Am Wochenende sollen erste gefangene Taliban-Kämpfer freigelassen werden, so sieht es das Friedensabkommen vor. Ob die direkten Gespräche wie geplant stattfinden, ist derzeit unklar. Der Streit zwischen den beiden Präsidenten blockiert den Prozess – so ist bis jetzt keine offizielle Delegation für die Verhandlungen bestimmt worden.

Mit Tränengas gegen die Rechte der Frauen

Darum geht es: Zum Internationalen Frauentag am 8. März standen weltweit Millionen Frauen und Männer für Gleichberechtigung und gegen Gewalt an Frauen ein. In mehreren Städten kam es dabei zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstrierenden und der Polizei.



Gut gepanzert gegen wütende Frauen: Der Versuch des Sturms auf den Präsidentenpalast in Santiago de Chile. Esteban Felix/AP Photo/Keystone

Warum das wichtig ist: In der chilenischen Hauptstadt Santiago versuchten Demonstrierende, die Absperrung zum Präsidentenpalast zu überwinden. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas ein. Mehr als 125'000 Menschen sollen an der Demonstration teilgenommen haben. Auch in der Türkei setzten die Polizisten Tränengas ein gegen die mehreren hundert Menschen, die ohne Bewilligung durch die Strassen von Istanbul zogen. In Pakistan sollen die Frauen teilweise mit Steinen und Stöcken beworfen worden sein, wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet. Die meisten Demonstrationen verliefen jedoch friedlich, so auch in der Schweiz, wo in verschiedenen Städten mehrere hundert Menschen demonstrierten.

Was als Nächstes geschieht: In verschiedenen Ländern wurden die Proteste genutzt, um die Regierungen direkt zu kritisieren. Protestierende in Bangkok forderten angesichts des Coronavirus einen besseren Arbeitsschutz für Frauen. Auf den Philippinen wurde der Tag genutzt, um gegen Präsident Rodrigo Duterte zu protestieren. In Jakarta skandierte die Menge für Gesetze gegen sexuelle Gewalt.

Zum Schluss: Mit einer Absage ist zu rechnen

Messen, Konzerte, Sportanlässe ... die Liste von abgesagten Versammlungen wird täglich länger. Wahrscheinlich wächst sie bald um den Eintrag «Political Revolution». Diese hatte Bernie Sanders als Kandidat für die US-Präsidentschaft angekündigt. Nach zwei Wahlschlägen liegt er nun aber gegen Konkurrent Joe Biden fast uneinholbar zurück. Joe Biden (Wahlprogramm: «Ich war Obamas Vize! Und Obama, Obama und übrigens: Obama. PS: Obama.») räumte nach dem «Super Tuesday» am Dienstag auch den «Big Tuesday» ab. Er gewann zum Beispiel im nordwestlichen Michigan – ein Bundesstaat, der vor vier Jahren noch Sanders gewählt hatte. Ganz

vorbei ist die Sache dennoch nicht. Sanders' Anhänger hoffen, dass mit einer guten TV-Debatte die Stimmung drehen kann. Die soll am Sonntagabend wie geplant stattfinden. Als Corona-Vorsichtsmassnahme allerdings ohne Studiopublikum.

Was sonst noch wichtig war

- **Schweiz:** Das Zürcher Polizeikorps soll Nationalitäten von Straftätern künftig wieder nennen, wie der Kantonsrat am Montag entschieden hat. Dazu der Text von Republik-Reporter Carlos Hanimann.
- **Deutschland:** Der Verfassungsschutz hat am Donnerstag den rechtsnationalen Flügel der AfD unter Beobachtung gestellt. Der Flügel verfolgt «extremistische Bewegungen», wie Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang an einer Pressekonferenz sagte.
- **USA:** Im Prozess gegen den ehemaligen Filmmogul Harvey Weinstein hat das New Yorker Gericht am Mittwoch das Strafmass festgelegt: Weinstein muss 23 Jahre in Haft.
- **Libanon:** Am Samstag hat Ministerpräsident Hassan Diab erklärt, dass man die am Montag fälligen Auslandsschulden von 1,2 Milliarden Dollar nicht zurückzahlen könne. Der Staat steht vor einem Bankrott.
- **Frankreich:** Die französische Staatsanwaltschaft hat im Prozess gegen den ehemaligen Premierminister François Fillon am Dienstag eine mehrjährige Haftstrafe gefordert. Fillon soll seine Ehefrau jahrelang nur zum Schein beschäftigt haben.
- **Israel:** Erneut gewinnt weder Benjamin Netanyahu noch sein Konkurrent Benny Gantz die israelischen Parlamentswahlen. Am Mittwoch hat das zentrale Wahlkomitee das Endresultat der Wahl vom 2. März veröffentlicht.
- **Niederlande:** Diese Woche hat in Amsterdam der Prozess im Fall des 2014 über der Ukraine abgeschossenen Flugs MH-17 begonnen. Drei Russen und einem Ukrainer wird vorgeworfen, 298 Menschen ermordet zu haben.
- **Russland:** Die Staatsduma, das russische Parlament, hat am Mittwoch mit 383 von 450 Stimmen die grösste Verfassungsreform in der Geschichte Russlands verabschiedet. Sie ermöglicht es Präsident Wladimir Putin, bis 2036 zu regieren.

Top-Stories: Die Empfehlungen aus der Verlegerschaft

Von Talisman und schwarzer Katze Der Glaube, dass bestimmte Gegenstände und Handlungen Glück oder Unglück bringen, taucht in allen Kulturen und Zeitaltern auf. Die Radiosendung «SWR2 Glauben» hat sich dieses Phänomens angenommen und fragt: Wie abergläubisch sind wir? Verleger C. J. empfiehlt die 25-minütige Sendung und schreibt: «Eine wunderbare Anregung zum Weiterdenken!»

Die Unsichtbaren Republik-Journalist Elia Blülle empfiehlt diese Recherche von «BuzzFeed-Deutschland». Das Onlinemagazin hat in den letzten Jahren eine schlagkräftige Recherchedaktion aufgebaut. In ihrem neuesten Artikel zeigen sie auf, wie ukrainische Gastarbeiter ausgenutzt werden und sie von kriminellen Vermittlern mit falschen Versprechen nach Deutschland und Polen gelockt werden.

Lieber frei als ängstlich Am letzten Wochenende hat sich Schwinger Curdin Orlik als erster Schweizer Profisportler als schwul geoutet. Im «Magazin» erzählt er seine Geschichte. «Ich will frei sein», sagt er. «Viel zu lange habe ich verdrängt, wer ich wirklich bin.»

Zur Pinwand für Top-Storys

Sie haben auch eine schöne, inspirierende, spannende, lustige Geschichte in der Welt der Medien gefunden, die Sie mit der Community teilen wollen? Hier können Sie den Link ans Zettelbrett heften.

Illustration: Till Lauer